

Beschluss des Schleswig-Holstein Rates am 23. Juli 2017 in Barmstedt:

Linksextremismus den Kampf ansagen

Einleitung

Der G20 Gipfel 2017 in Hamburg ließ Deutschland linke Gewalt erleben, welche es in diesem Ausmaß so bisher nicht gegeben hat - „Wie im Krieg“ titelte der Spiegel. Unter dem Motto „Welcome to Hell“ versammelten sich ca. 12.000 Demonstranten, von denen die Polizei zweidrittel als gewaltbereit einstufte. Diese demonstrierten gegen den G20-Gipfel, den Kapitalismus und die Globalisierung. Anstatt dies auf eine friedliche Art und Weise zu tun, verhielten sich zahlreiche Linksextremisten gegenüber den Polizeibeamten gewalttätig, zündeten Autos an und verwüsteten mehrere Geschäfte in Hamburgs Schanzenviertel.

Diese Geschehnisse verdeutlichen, dass der Linksextremismus - anders als von der damaligen Familienministerin und heutigen Ministerpräsidentin in MV Manuela Schwesig (SPD) formuliert - kein „aufgebauchtes Problem“ ist. Vielmehr muss der Linksextremismus endlich mit voller Härte bekämpft werden, damit sich Szenarien wie in Hamburg nicht wiederholen.

1. Mehr Sicherheit schaffen

Die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Ihm obliegt das Gewaltmonopol.

Es ist nicht tolerierbar, dass Linksextremisten eine deutsche Stadt zu einem Kriegsschauplatz machen, Barrikaden errichten und sich auf Häuserdächern verschanzen, um Polizisten mit Steinen oder Molotow-Cocktails zu attackieren. Wenn die Polizeibeamten die jeweilige Lage erst nach einem SEK-Einsatz unter Kontrolle bringen können, müssen von der Politik schleunigst Maßnahmen ergriffen werden. Um künftige Eskalationen zu vermeiden, müssen die Befugnisse der Polizeibeamten deutlich erweitert werden. Dazu brauchen wir ein strikteres Versammlungsrecht, bspw. „Bannmeilen“ für besonders sensible Großereignisse mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, das nachhaltige und konsequente Verbot von Protestcamps, die sich – wie befürchtet – als Ausgangspunkt von Gewalttaten erwiesen haben. Sollten die Polizeibeamten die Lage dennoch nicht kontrollieren können. Um dieser Gewalt Herr zu werden, ist eine personale Verstärkung der Polizeikräfte unbedingt notwendig. Auch die Verwendung von Gummigeschossen sollte speziell

ausgebildeten Polizeibeamten ermöglicht werden. Weiterhin ist über eine Unterstützung der Bundeswehr im Inneren nachzudenken und ein entsprechendes Gesetz zu schaffen, welches die Rechtsgrundlage dafür schafft, dass die Bundeswehr unter genau definierten Voraussetzungen, zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und/oder in Terrorismuslagen herangezogen werden darf.

Weitergehend dürfen rechtsfreie Räume, wie beispielsweise die Rote Flora in Hamburg, nicht weiter toleriert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Extremisten als Planungsstätten dienen und ihnen Rückzugsorte vor dem Rechtsstaat bieten. Gegen diesbezüglichen Widerstand muss der Staat mit voller Härte durchgreifen.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- Eine erweiterte Befugnis. zur Nutzung von Gummigeschossen der Polizeibeamten.
- Schaffung einer einfachgesetzlichen Rechtsgrundlage für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Konsequente Räumung besetzter Räume und Grundstücke des linksextremen Spektrums
- Verschärfung des Versammlungsrechts und eine konsequente Verfolgung bei Verstößen
- gegen das Versammlungsverbot.

2. Linksextremisten die Existenzgrundlagen entziehen

Wer politisch demonstriert, muss dies im Rahmen unseres Grundgesetzes tun. Seit dem Wegfall der Extremismusklausel, durchgesetzt von der ehemaligen SPD-Familienministerin und heutigen Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig -ist es Linksextremisten möglich, außerhalb des Rahmens des Grundgesetzes politisch zu demonstrieren und sich vor unseren Behörden nicht mehr zum Grundgesetz bekennen zu müssen.

Um den Linksextremismus effektiv entgegenzutreten, müssen dessen Organisationsstrukturen und Sprachrohre zerschlagen werden. Diverse Gruppen, aus denen sich die Antifa zusammensetzt, werden schon lange als linksextrem und verfassungsfeindlich eingestuft. Eine Anwendung des bestehenden Vereinsverbot auf linksextreme Vereine, die als solche eingetragen sind, muss geprüft werden.

Auch die Finanzierung des linksextremistischen Spektrums, bspw. durch indirekte staatliche Finanzierung oder über Hochschuleinrichtungen, muss intensiv überprüft und gegebenenfalls beendet werden.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- Eine Wiedereinführung der Extremismusklausel
- Ein Verbot linksextremistischer Vereinigungen
- Streichung finanzieller Mittel für Organisationen, die dem linksextremen Spektrum zuzuordnen sind oder sich mit diesem in Zusammenarbeit befinden

3. Bessere Überwachung von Linksextremisten

Um Prävention betreiben zu können, müssen potentielle Gewalttäter vom Staat konsequent überwacht werden. Dazu gehört eine Überwachung linksextremer Personen und Organisationen durch die zuständigen Behörden. Weitergehend sollten die Sicherheitsbehörden es sich vorbehalten, per richterlichen Beschluss Gefährdern vor Großdemonstrationen Fußfesseln anzulegen.

Der G20-Gipfel hat bestätigt, dass Linksextremismus quer durch Europa organisiert und vernetzt ist. Folglich begrüßen wir die Pläne zur Errichtung einer europäischen Extremistendatei. So kann Linksextremisten aus dem Ausland bereits vor politischen Großveranstaltungen die Einreise verwehrt werden.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- Eine konsequente Überwachung von als linksextrem eingestuften Personen durch die zuständigen Behörden
- Gefährder gegebenenfalls Fußfesseln anzulegen
- Die Schaffung einer europäischen Extremistendatei